

# 1TOP 11 des Kreisparteitages

2

## 3Antrag Nr. 1

4

5

6**Antragsteller:** Joachim Wiese, Ortsverband Hüntertor

7

8

9

10

### 11**Der Kreisparteitag möge beschließen:**

12

13dass umgehend Gespräche, mindestens mit dem Land Hamburg zur Einrichtung  
14eines sogenannten „Nordstaates“ aufgenommen werden. Weiterhin möge der  
15CDU-Kreisverband beschließen, den Antrag zum nächsten CDU-Landes-  
16parteitag einzubringen.

17

18

### 19**Begründung:**

20

21Die erheblichen finanziellen Belastungen des Landes Schleswig-Holstein sind  
22derart erdrückend, dass bereits jetzt bei der Vorlage erster Einsparvorschläge  
23erkennbar ist, dass großer sozialer Unfrieden im Lande droht. Ein wesentliches  
24Einsparpotential liegt in der Gründung eines Nordstaates, mindestens bestehend  
25aus den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein, besser auch mit den  
26Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

27Alle bisherigen Bemühungen sind bis dato von Egoisten und Bedenkenträgern  
28im Ansatz erstickt worden.

29Als Mitglied der Lübecker CDU fordere ich meine Partei auf, mit der Landes-  
30CDU die ersten Schritte für die Fusion der Nordländer einzuleiten und sich an  
31die Spitze der Bewegung zu stellen.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

# 1 TOP 11 des Kreisparteitages

2

3

## 4 Antrag Nr. 2

5

6

7 **Antragsteller:** Dagmar Pohl-Laukamp, ehem. Innensenatorin

8 Volker Kaske, ehem. Sozialsenator

9 Dr. Robert-Knüppel, ehem. Bürgermeister

10 Gerd Rischau, ehem. Finanzsenator

11

12

## 13 Der Kreisparteitag möge beschließen:

14

15 Die Mitglieder der CDU Lübeck bitten den Landesvorstand der CDU Schleswig-Holstein,  
16 darauf hinzuwirken, dass Pläne der Landesregierung, die Medizinische Fakultät der  
17 Universität Lübeck zu schließen, umgehend aufgegeben werden.

18

## 19 Begründung:

20

21 Aus Stellungnahmen nicht nur der Betroffenen, sondern von Fachleuten aus ganz  
22 Deutschland, ist deutlich geworden, dass die beabsichtigte Schließung unverantwortlich wäre.  
23 Als Beispiel ist diesem Antrag die Resolution der AG Hochschulmedizin beigelegt.

24 Wir fragen den Landesvorstand unserer Partei:

25 - Ist Ihnen außerhalb der Landesregierung irgendjemand bekannt,  
26 der die Überzeugung der Haushaltsstrukturkommission teilt, die  
27 Universität Lübeck könne ohne die Medizinische Fakultät überleben?

28 Wir kennen niemanden.

29 - Kennen sie außerhalb der Landesregierung irgendjemanden, der  
30 Zweifel daran hat, dass der durch die Schließung bedingte  
31 ökonomische und finanzielle Schaden das angestrebte Einsparziel  
32 bei weitem überwiegt?

33 Uns ist niemand bekannt.

34 Wir stellen diesen Antrag aus der Besorgnis heraus, dass Lübeck durch die Schließung in  
35 seinen Entwicklungsmöglichkeiten in katastrophaler Weise geschwächt wird. Der  
36 Schließungsplan muss umgehend aufgegeben werden. Ein länger andauernder  
37 Diskussionsprozess – etwa bis zur Landtagsentscheidung über den Haushalt – würde den  
38 bereits eingetretenen Schaden bei der Universität Lübeck in unvermeidbarer Weise vertiefen.

39 Wir melden uns aber auch als langjährige Mitglieder unserer CDU zu Wort. Wir sind noch zu  
40 keiner Zeit, wie in den letzten Wochen, von so vielen Menschen angesprochen worden, die zu  
41 uns, zur Politikfähigkeit unserer Partei, kein Vertrauen mehr haben. Auch unser eigenes  
42 Vertrauen wird durch eine Politik, die wir nicht verstehen und für nicht verantwortbar halten,  
43 auf eine nicht für möglich gehaltene Belastungsprobe gestellt.

44

45

46

47

48

# 1 TOP 11 des Kreisparteitages

2

## 3 Antrag Nr. 3

4

5

## 6 Antragsteller: Ortsverband Lübeck Süd

7

8

## 9 Der Kreisparteitag möge beschließen:

10

11 Der CDU Kreisverband Lübeck fordert die Landesregierung, insbesondere deren CDU-Mitglieder, auf,  
12 unverzüglich den von der Haushaltsstrukturkommission von CDU und FDP vorgelegten Einsparvorschlag  
13 „Verzicht auf den Medizinstudiengang an der Universität Lübeck“ zu verzichten und öffentlich zu erklären, dass  
14 dieser Einsparvorschlag nicht umgesetzt werden wird, zumal der Einspareffekt der Maßnahme bis heute nicht  
15 belegt ist.

16

17 Wir erwarten außerdem, dass die Landesregierung ihren politischen Auftrag annimmt und selbst konstruktiv an  
18 der Erarbeitung alternativer Einsparvorschläge mitarbeitet und nicht darauf beharrt, dass die Betroffenen selbst  
19 andere Einsparvorschläge machen müssen. Alle Einsparvorschläge sind zudem transparent und mit Fakten  
20 unterlegt vorzustellen und ergebnisoffen mit den Beteiligten zu diskutieren, bevor eine Entscheidung getroffen  
21 wird. Außerdem erwarten wir, dass hierbei die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen in allen Facetten  
22 sowie strukturelle Schwerpunkte der betroffenen Regionen angemessen berücksichtigt werden.

23

## 24 Begründung:

25

26 Obwohl die erheblichen finanziellen Belastungen des Landes SH zu erheblichen Einsparungen zwingen, muss  
27 gerade von der Landes CDU erwartet werden, dass Einsparvorschläge finanziell auch sinnvoll sein müssen und  
28 nicht eine ganze Region um Jahrzehnte zurückwerfen.

29

30 Sollte es zur Umsetzung des Einsparvorschlags „Verzicht auf den Medizinstudiengang in Lübeck“ kommen,  
31 würde Lübeck 1500 der bisher 2500 Studienplätze sofort verlieren. Weitere 500 Studienplätze, die im Bereich  
32 der Medizintechnik angesiedelt sind, würden ebenfalls entfallen, so dass lediglich 500 Studienplätze im Bereich  
33 Informatik erhalten bleiben würden. Mit 500 Studenten ist allerdings keine Universität lebensfähig, so dass der  
34 Uni Standort Lübeck insgesamt gefährdet wäre.

35

36 Mit dem Wegfall des Medizinstudienganges und der Medizintechnikstudiengänge würden bis zu 10.000  
37 Arbeitsplätze, und damit 20.000 Einwohner, die zu einem Großteil das Land verlassen müssten, im Bereich der  
38 Medizintechnik in der Region Lübeck gefährdet werden, denn die enge Kooperation mit der Universität würde  
39 entfallen. Durch diese Arbeitsplätze wird in der Region Lübeck eine Wertschöpfung von 1 – 2 Milliarden Euro  
40 jährlich erzielt.

41

42 Allein die Steuereinnahme des Landes durch diese Arbeitsplätze sind deutlich höher, als das Einsparpotential  
43 durch die beabsichtigte Schließung des Medizinstudienganges.

44

45 Die Umsetzung des Einsparvorschlags wäre somit deutlich teurer, als auf diesen Einsparvorschlag zu verzichten.  
46 Die CDU geführte Landesregierung hat die historische Chance, diesen Fehler der Haushaltsstrukturkommission  
47 zu korrigieren und weiteren Schaden vom Land abzuhalten.

48

49

50

51

52

53

54

# 1TOP 11 des Kreisparteitages

2

## 3Antrag Nr. 4

4

5

## 6Antragsteller: Ortsverband Lübeck Süd

7

8

9

10

### 11Der Kreisparteitag möge beschließen:

12

13Analog zum Landesverband der CDU SH beschließt der Kreisparteitag der  
14Lübecker CDU, dass das Thema Mitgliederwerbung und Mitgliederentwicklung  
15auch im CDU Kreisverband Lübeck zur „Chefsache“ erklärt wird.

16

17Jedes Mitglied des neu gewählten Kreisvorstandes soll sich, ebenfalls analog  
18zum Landesverband, die Selbstverpflichtung geben, in der zweijährigen  
19Wahlperiode mindestens 10 Neumitglieder zu werben.

20

21Der neu gewählte Kreisvorstand erarbeitet gemeinsam mit den Ortsverbänden  
22Konzepte zur Neumitgliederwerbung.

23

24Außerdem wird das Thema Mitgliederwerbung und Mitgliederentwicklung zum  
25ständigen Tagesordnungspunkt der CDU Kreisvorstandssitzungen.

26

### 27Begründung:

28

29Auch die Lübecker CDU hat unter erheblichem Mitgliederschwund zu leiden.  
30Das führt, neben finanziellen Problemen, auch zu Problemen bei der  
31Organisation unserer Aktivitäten. Um die Handlungsfähigkeit der Lübecker  
32CDU langfristig zu sichern, ist es dringend notwendig, die Mitgliederwerbung  
33und Mitgliederbetreuung als Hauptaufgabe der Lübecker CDU für die nächsten  
34Jahre zu betrachten.

35

36Mit diesem Antrag ist ein erster Schritt in diese Richtung getan.

37

38

39

40